

Der Ärztetag räumt Hürden für die GOÄ-Reform beiseite

Der GOÄ-Reformprozess wird unter neuer Führung fortgesetzt. Und der Ärztetag hat einige Hindernisse insbesondere der Fundamental-Opposition aus dem Weg geräumt. Für externen Sachverstand sollen drei Millionen Euro bereitgestellt werden. Dennoch blieben am Ende viele Fragen offen und kontrovers.

Von Helmut Laschet

HAMBURG. Es war wohl ein symbolisch gemeinter Schuss vor den Bug des Bundesärztekammer-Präsidenten Frank Ulrich Montgomery: Unter dem Tagesordnungspunkt 0 hatte ein gutes Dutzend Delegierte noch vor Eintritt in die Beratungen am Dienstagnachmittag einen Antrag auf Abwahl Montgomerys aus seinem Präsidentenamt gestellt. Das Motiv: der fragwürdige Umgang mit der GOÄ-Reform, mit der sich BÄK-Vorstandsmitglied Theodor Windhorst zehn Jahre abgemüht hatte. Er war im März - nach einer vom BÄK-Vorstand abgelehnten Reformvariante, die Windhorst nach eigenem Bekenntnis auch nicht gekannt haben will – entnervt zurückgetreten.

Nun ein Neustart mit Montgomery in der politischen Verantwortung und Dr. Klaus Reinhardt in der operativen Funktion.

Debatte und Beschlussfassung des Ärztetages brachten in zwei Punkten Klarheit: Erstens ist eine sehr große Mehrheit der Delegierten von der Reformnotwendigkeit überzeugt und stimmte dem weiteren Reformprozess zu. Zweitens wurde der Fundamentalopposition, die insbesondere gegen jegliche Änderung der Bundesärzteordnung opponiert, erneut eine klare Abfuhr erteilt.

Deren Argumente waren nicht neu und bereits ausführlich auf dem Berliner Sonderärztetag im Januar diskutiert worden. Des Pudels Kern ist die Gemeinsame Kommission aus Ärzten, privater Krankenversicherung und Beihilfe. Ihre wichtigste Aufgabe soll es sein, Empfehlungen zu konsentieren, auf deren Basis das Bundesgesundheitsministerium die GOÄ ständig aktualisieren kann. Damit soll verhindert werden, dass erneut ein gigantischer Reformrückstau wie bei der zuletzt 1982 grundlegend novellierten GOÄ entsteht.